

Inhaltsübersicht

A. Einleitung	1
B. Parität – Annäherung und Bestandsaufnahme	5
I. Parität, Parité und Frauenquoten – Begriffsbestimmung.....	5
II. Überblick über verschiedene Modelle zur Steigerung des Frauenanteils	8
III. Bestandsaufnahme in Deutschland und Frankreich	11
IV. Entwicklung paritätischen Wahlrechts in Deutschland und Frankreich – ein historischer Überblick.....	17
V. Der deutsche Blick auf Frankreich	24
C. Mögliche Beeinträchtigungen durch paritätisches Wahlrecht	27
I. Gleichheit der Wahl als Schwerpunkt der Debatte um paritätisches Wahlrecht	27
II. Freiheit der Wahl	81
III. Die politischen Parteien in der Paritätsdebatte	91
IV. (Un)Vereinbarkeit mit Repräsentationsvorstellungen	112
D. Rechtfertigungsmöglichkeiten.....	147
I. Demokratieprinzip als Rechtfertigungsgrund	147
II. Rechtfertigung über bestehende Gleichstellungsaufträge	151
III. Spezifische paritätsbezogene Gleichstellungssätze	184
E. Umsetzung paritätischer Maßnahmen im einfachen Recht.....	213
I. <i>Liberté, égalité, parité?</i> Von Erfolg und Misserfolg paritätischen Wahlrechts in Frankreich	213
II. Die Rolle der Wahlkreise bei der Erreichung von Parität in Deutschland	226

III. Französische Modelle zur Aufstellung in den Wahlkreisen als Vorbild für Deutschland?	229
IV. Fazit: Umsetzbarkeit paritätischer Maßnahmen in Deutschland und französische Vorbildwirkung	254
F. Fazit	257
I. Rechtsvergleichendes Fazit und Ausblick	257
II. Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse für die Zulässigkeit paritätischen Wahlrechts in Deutschland	258
Literaturverzeichnis	263
Sachverzeichnis	287

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	1
B. Parität – Annäherung und Bestandsaufnahme	5
I. Parität, Parité und Frauenquoten – Begriffsbestimmung	5
II. Überblick über verschiedene Modelle zur Steigerung des Frauenanteils	8
1. Herkunft – Freiwillige, gesetzliche und im Verfassungstext vorgeschriebene Quoten	8
2. Abschnitt des Auswahlprozesses – Anwärterquoten, Kandidatenquoten und reservierte Sitze	9
3. Wahlsystem – Quoten-Modelle bei Mehrheits- und Verhältniswahl	9
a) Modelle zur paritätischen Listenbesetzung	10
b) Modelle zur paritätischen Aufstellung in den Wahlkreisen	10
c) Ausgleich über die Wahlliste	10
4. Grad der Verpflichtung – Empfehlungen, Anreize und Sanktionen ..	11
III. Bestandsaufnahme in Deutschland und Frankreich	11
1. Regelungen in Deutschland	11
a) Wahlrechtlicher Überblick	11
b) Die gescheiterten Paritätsgesetze in Brandenburg und Thüringen	12
c) Die Vielfalt paritätischer Regelungen auf Ebene der Parteien	13
2. Regelungen in Frankreich	13
a) Wahlrechtlicher Überblick	14
b) Regelungen in den Wahlkreisen	16
c) Regelungen der Listenaufstellung	17
IV. Entwicklung paritätischen Wahlrechts in Deutschland und Frankreich – ein historischer Überblick	17
1. Eine kurze Geschichte paritätischen Wahlrechts in Frankreich	17
a) Politische Vorgeschichte	18
b) Die „wichtigste Entscheidung des Conseil constitutionnel“: Die Entscheidung <i>Quotas par sexe I</i> von 1982	19
c) Die <i>Quotas par sexe II</i> Entscheidung und die Verfassungsänderung von 1999	20

d) Die Entscheidung <i>Quotas par sexe III</i> und die Verfassungsänderung von 2008	22
2. Paritätisches Wahlrecht als kurze Geschichte in Deutschland?.....	23
V. Der deutsche Blick auf Frankreich	24
C. Mögliche Beeinträchtigungen durch paritätisches Wahlrecht	27
I. Gleichheit der Wahl als Schwerpunkt der Debatte um paritätisches Wahlrecht	27
1. Formale oder materielle Gleichheit im Wahlrecht?	27
a) Eine Abgrenzung nach dem Abstraktionsniveau	28
aa) Formale und materielle Gleichheit	28
bb) Ein traditionell formales Gleichheitsverständnis im Wahlrecht	30
cc) Ablösung durch ein materielles Gleichheitsverständnis?.....	31
b) Argumente für ein formales Gleichheitsverständnis im Wahlrecht	33
aa) Formale Wahlrechtsgleichheit in Deutschland	33
(1) Historische Wahlrechtsdifferenzierungen	33
(2) Statusgleichheit im Wahlrecht	34
(3) Rückführbarkeit von Entscheidungen auf das Volk als Ganzes	36
(4) Keine Vorstrukturierung der Wahlentscheidung durch den Gesetzgeber	37
(5) Verhinderung von Missbrauch	38
(6) Sichere Kriterienauswahl	39
(7) Formale Gleichheit, aber keine absolutes Anknüpfungsverbot	39
(8) Kein Sondermaßstab für paritätisches Wahlrecht	41
(9) Zusammenfassung	42
bb) Ablehnung von Kategorisierungen in Frankreich	42
(1) Die <i>Quotas par sexe I</i> Entscheidung und ihre Einordnung durch die Literatur	43
(a) Knappe Abhandlung zur Quotierung in der Entscheidung <i>Quotas par sexe I</i>	43
(b) Begründung über die Zusammensetzung des Wahlvolks	43
(2) Anknüpfung an die Unteilbarkeit der Republik	46
(a) Spärliche Befassung in der rechtswissenschaftlichen Literatur der 80er Jahre	47
(b) Untermauerung durch das Prinzip der Unteilbarkeit	48

(aa) Unteilbarkeit als „fondement du droit constitutionnel“	48
(bb) Ausprägungen des Unteilbarkeitsprinzips	50
(cc) Egalität der Staatsbürger	51
(3) Unterschiede zum Conseil constitutionnel	52
(a) Vom Streitpunkt zum Dreh- und Angelpunkt: Die (Unteilbarkeit der) Souveränität als Schwerpunkt der Diskussion in Conseil constitutionnel und Literatur	52
(b) Politische und theoretisierende Argumentation	53
(c) Kritik als Skepsis an der Prüfungskompetenz des Conseil constitutionnel	55
(4) Ablehnung nur bestimmter Gruppen?	56
cc) Bewertung in der Literatur seit den 90er Jahren	57
(1) <i>Contrôle strict</i> im Wahlrecht	57
(2) Paritätisches Wahlrecht als frauenfördernde Maßnahme	58
(a) <i>Contrôle strict</i> bei Anknüpfung an das Geschlecht	58
(b) Ablehnung positiver Diskriminierung	59
(aa) Von der <i>égalité formelle</i>	59
(bb) ... zum <i>droit de la non-discrimination</i>	61
(cc) Ausschluss positiver Diskriminierungen bei Anknüpfung an das Geschlecht	62
dd) Zusammenfassung	65
c) Rechtsvergleichendes Fazit	65
aa) (Republikanischer) Universalismus und Einheitsstreben	65
bb) Identitätspolitik, Diversitätsdenken und partikulare Interessen einzelner Gesellschaftsgruppen	67
(1) Identitätspolitik als Gefahr für die liberale Demokratie ..	67
(2) Identitätspolitik und grundgesetzlich anerkannte Vielfalt	69
cc) Wahlrechtsgleichheit als formale (Chancen)gleichheit im Wettbewerb	71
2. Konkrete Beeinträchtigungen der Wahlrechtsgleichheit in Deutschland	72
a) Chancengleichheit der Kandidaten	72
aa) Abstrakte Betrachtung: Wegfall der Hälfte aller Listenplätze und Erfolgswahrscheinlichkeit der ungeraden Listenplätze ..	73
bb) Konkrete Betrachtung: Veränderte Erfolgswahrscheinlichkeiten der Kandidatur	74
cc) Materielle Betrachtung: Geschlechterverhältnis in der Wahlversammlung	75
b) Erfolgswertgleichheit der stimmberechtigten Parteimitglieder ...	75

c) Bevorteilung und Benachteiligung von Personen des Dritten Geschlechts	76
aa) Bevorteilung durch die Sonderregelungen bisheriger Regelungsansätze	77
bb) (K)ein Scheinproblem?	79
cc) Binäres Geschlechtersystem in Frankreich	80
d) Fazit	80
II. Freiheit der Wahl	81
1. Allgemeine Grundlagen	81
a) Freiheit der Wahl in Deutschland	81
b) Freiheit der Wahl als ungeschriebener Grundsatz in Frankreich	82
2. <i>Liberté des électeurs</i> und <i>liberté de candidature</i> – (k)ein wesentliches Argument in Frankreich	83
3. Die Freiheit der Wahl als „die einzige Verfassungsposition, über die zu reden sich ernsthaft lohnt“?	85
a) Freie Kandidatur für Wahlbewerber	85
b) Freies Wahlvorschlagsrecht	86
c) Entscheidungsfreiheit des Wählers	87
aa) Kein Anspruch auf eine nicht-quotierte Liste	87
bb) Vorwirkung der Entscheidungsfreiheit	87
cc) Wahlrechtsimmanente Kriterien und technische Ausgestaltungen des Wahlrechts	88
4. Rechtsvergleichendes Fazit	89
5. Zusammenfassung	91
III. Die politischen Parteien in der Paritätsdebatte	91
1. Rolle in der Paritätsdebatte	91
a) Nebenrolle der deutschen Parteien	91
b) Die französischen Parteien – „Vergessene“ oder Verpflichtete in der Paritätsdebatte?	93
2. Freiheit der Parteien in Deutschland	95
a) Freies Wahlvorschlagsrecht der Parteien	95
b) Programmfreiheit und Organisationsfreiheit	97
c) Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Funktion der Parteien bei der Willensbildung der Wahlbevölkerung	98
aa) Keine Beeinträchtigung wegen des Gebotes innerparteilicher Demokratie?	99
bb) Funktionsbezogene Ablehnung der Beeinträchtigung	100
cc) Fazit: Parteienfreiheit zwischen Schlüsselrolle und Staatsfreiheit	102
3. Gleichheit der Parteien in Deutschland	103
a) Formale Chancengleichheit der Parteien	103

aa)	Streng formale Gleichheit und gleiche Mitwirkungschancen	103
bb)	Berücksichtigungsfähige Unterschiede zwischen den Parteien	104
cc)	Rechtsvergleichender Exkurs: <i>Participation équitable</i> statt <i>égalité</i> als französischer Gleichheitsmaßstab für die Parteien	106
b)	Nachteile von Parteien mit wenigen Mitgliedern oder geschlechtshomogener Mitgliederstruktur	107
c)	Berücksichtigungsfähige Nachteile und Zuspruch von (Teilen) der Bevölkerung	108
d)	Ernsthaft ins Gewicht fallende Beeinträchtigungen	108
e)	Ausblick: Chancengleiche Teilhabe der Parteien in Deutschland	109
f)	Zusammenfassung	109
4.	Der Sonderfall von Parteien, die ausschließlich ein Geschlecht aufnehmen und vertreten	110
5.	Zusammenfassung	111
IV.	(Un)Vereinbarkeit mit Repräsentationsvorstellungen	112
1.	Theoretische Hinführung	112
a)	Repräsentation als Sichtbarmachung	112
aa)	Repräsentation von Einheit	113
bb)	Repräsentation von Vielfalt	114
	(1) Pluralistische Repräsentationstheorien	114
	(2) Deskriptive Repräsentationstheorien	115
	(3) Selektive Repräsentation	116
b)	Vereinbarkeit von Parität und den Repräsentationstheorien	117
aa)	Unterschiedliche Einordnungen von Paritätsbefürwortern und -gegnern	117
bb)	Grundsätzliche Vereinbarkeit mit allen Repräsentationstheorien	121
2.	Ausformungen in Deutschland und Frankreich	122
a)	<i>Universalisme républicain</i>	123
aa)	Unitarisches Repräsentationsverständnis und Republikprinzips	123
bb)	<i>Universalisme républicain</i> als ein zentrales Argument gegen <i>parité</i>	124
cc)	Erfolglose Bemühungen einer Integration der <i>parité</i> in den <i>universalisme républicain</i>	125
	(1) <i>Parité</i> in „Au pouvoir citoyennes! Liberté, Égalité, Parité“	125
	(2) Vom pluralistischen zum differenzfeministischen Ansatz	127
	(3) Keine Berücksichtigung in der juristischen Debatte	130
dd)	Zusammenfassung	131
b)	Repräsentationsverständnis als Teil des deutschen Demokratieprinzips	131

aa)	Rückgriff auf Monismus, Pluralismus und deskriptive Repräsentation	132
bb)	Spiegelbildlichkeitstheorie	134
	(1) Paritätsgebot aus dem Spiegelbildlichkeitsgedanken	134
	(2) Keine spiegelbildliche Repräsentation	135
	(a) Gesamtrepräsentation und freies Mandat	135
	(b) Spiegelbildlichkeit als Vorstufe zur Abschaffung der Wahl	136
cc)	Keine sinnvolle Argumentation über das Demokratieprinzip	137
dd)	Abermals: Identitätspolitik und im Grundgesetz angelegte Vielfalt	141
ee)	Einordnung der bisherigen Gerichtsentscheidungen	142
	(1) „Verschleiert spiegelbildlich“ in den Entscheidungen der Landesverfassungsgerichte	143
	(2) Zurückhaltendere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	144
ff)	Fazit	144
3.	Rechtsvergleichende Betrachtung	145
D.	Rechtfertigungsmöglichkeiten	147
I.	Demokratieprinzip als Rechtfertigungsgrund	147
	1. Anforderungen an die Zwecksetzung	148
	2. Offenheit des Demokratieprinzips	149
	3. Zusammenfassung	151
II.	Rechtfertigung über bestehende Gleichstellungsaufträge	151
	1. Gleichstellungsauftrag aus Art. 3 Abs. 2 GG	151
	a) Allgemeiner Gehalt des Gleichheitssatzes	151
	b) Unanwendbarkeit von Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG	154
	aa) Unanwendbarkeit im Anwendungsbereich von Art. 38 Abs. 1 GG	155
	bb) Unanwendbarkeit neben Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG	157
	cc) Unanwendbarkeit in Dreipersonenkonstellationen	157
	c) Chancen- und Ergebnisgleichheit	158
	aa) Paritätisches Wahlrecht zur Herstellung von Ergebnisgleichheit?	158
	(1) Unterschiedliche Begriffsverständnisse	158
	(2) Unterschiedliche Einordnung der Maßnahmen	161
	(3) Starre qualifikationsunabhängige Quoten	162
	bb) Paritätisches Wahlrecht zur Herstellung von Chancengleichheit?	163

cc) Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen Chancen- oder Ergebnisgleichheit	164
dd) Unklare Abgrenzung auch in Frankreich	164
ee) Abgrenzbarkeit über faktische Nachteile	165
d) Ausgleich faktischer Nachteile	166
aa) Strukturelle Benachteiligungen von Frauen in der Politik? ...	166
bb) Bezugspunkt zur Feststellung einer Unterrepräsentanz	167
cc) Bestehende Nachteile	169
(1) Bestimmung der Nachteile als Grundsatzentscheidung ..	169
(2) Benachteiligungen von Frauen im politischen Leben	170
(3) Problematische Nachweisbarkeit der Benachteiligungen von Frauen in der Politik.....	172
dd) Ursache oder Symptom der traditionellen Rollenbilder?.....	174
ee) Zusammenfassung	176
e) Abstrakte Angemessenheitsprüfung	176
aa) Rechte der Kandidaten und der Wahlvorschlagsberechtigten	177
bb) Rechte der Parteien	179
cc) Fazit	182
2. Exkurs: Landesverfassungsrechtliche Gleichstellungsaufträge	182
a) Thüringen	182
b) Brandenburg	184
III. Spezifische paritätsbezogene Gleichstellungssätze	184
1. Der französische Gleichstellungsauftrag von 1999	185
a) Keine Vorgängernorm	185
b) Diskussionen über die Ausgestaltung	187
aa) Verschiebung der Debatte vom „ob“ zum „wie“	187
bb) Keine Diskussion über Ausgestaltung in der rechtswissenschaftlichen Literatur	188
cc) Politische Diskussionen: „Favoriser“ oder „determiner“?	189
c) Die Gleichstellungsnorm als <i>lit de justice</i>	191
aa) Die Entscheidung <i>Quotas par sexe III</i>	191
bb) Ein <i>lit de justice</i> für paritätisches Wahlrecht	192
d) <i>Parité</i> nach der Verfassungsänderung	193
aa) Weiter gesetzgeberischer Gestaltungsspielraum bei der Umsetzung der <i>parité</i>	194
(1) Verfassungsrechtlichen Grenzen für die Ausweitung von Maßnahmen	194
(2) Keine gesetzgeberische Verpflichtung zur Einführung der <i>parité</i>	196
(3) Keine verfassungsrechtlichen Grenzen für die Rücknahme von Maßnahmen	197

(4) Verhältnis von <i>parité</i> und allgemeinem Gleichheitssatz ..	199
bb) <i>Parité</i> als Abkehr vom Universalismusprinzip?	201
cc) Zwanzig Jahre danach – <i>parité</i> heute	203
2. Ausblick: Eine paritätsbezogene Gleichstellungsnorm für Deutschland?	204
a) Möglichkeit einer Verfassungsänderung	204
aa) Berührung des Demokratieprinzips	204
bb) Berührung des Kernbereichs des Demokratieprinzips	205
cc) Rechtsvergleichende Perspektive	207
dd) Exkurs: Keine Diskussion um verfassungswidriges Verfassungsrecht in Frankreich	208
b) Perspektive: Ausgestaltung einer paritätsbezogenen Verfassungsänderung in Deutschland	209
E. Umsetzung paritätischer Maßnahmen im einfachen Recht	213
I. <i>Liberté, égalité, parité?</i> Von Erfolg und Misserfolg paritätischen Wahlrechts in Frankreich	213
1. Eine gemischte Bilanz zum tatsächlichen Erfolg paritätischen Wahlrechts in Frankreich	214
a) <i>Parité</i> – eine Erfolgsgeschichte	214
b) <i>Parité</i> – lange ein Misserfolg	216
2. <i>Liberté, égalité, inefficacité?</i> – der lange Weg zu <i>parité</i> in Frankreich	217
a) Auswirkungen des Mehrheitswahlrechts	218
b) Lückenhafte Umsetzung im einfachen Recht	219
aa) Abwesenheit von Maßnahmen	219
bb) Unverbindlichkeit der Maßnahmen	220
c) <i>Liberté, égalité, volonté</i> – die Rolle der Parteien bei Umsetzung der <i>parité</i>	221
aa) Geringe Mitwirkung der Parteien bei der Umsetzung der <i>parité</i>	222
bb) Auswirkungen der Struktur des französischen Parteienrechts	223
cc) Keine Schlüsselstellung der Parteien in Frankreich	224
d) Das Verbot der Mandatskumulation als begleitende Maßnahme	225
II. Die Rolle der Wahlkreise bei der Erreichung von Parität in Deutschland	226
III. Französische Modelle zur Aufstellung in den Wahlkreisen als Vorbild für Deutschland?	229
1. Einpersonenwahlkreise	229
a) Anpassung der Parteienfinanzierung in Frankreich	229

aa)	Die Kürzung des 1. Teils der Parteienfinanzierung als „modulation d’une aide financière à des fins incitatives“	229
bb)	Die Regelung im Kontext der Parteienfinanzierung	230
cc)	Verantwortung der Parteien für das Geschlechterverhältnis	232
b)	Verfassungsrechtliche Bewertung einer vergleichbaren Regelung in Deutschland	234
aa)	Parteienfinanzierungsrecht	234
(1)	Grundzüge des deutschen Parteienfinanzierungsrechts ..	234
(2)	Bonuszahlung	236
(3)	Kürzung der Parteienfinanzierung	237
bb)	Zentrale Kandidatenaufstellung	239
(1)	Französischer Zentralismus und deutscher Dezentralismus	239
(2)	Unterschiedlicher Regelungsgrad der Wahlvorbereitung ..	240
(3)	Fazit	242
cc)	Exkurs: Zurückweisung aller Kandidaten	242
2.	Zweipersonenwahlkreise	243
a)	<i>Binôme</i> -Modelle in Frankreich	243
b)	Wahl als Tandem in Deutschland	245
aa)	Freiheit des Mandats	246
bb)	Möglichkeit zur Einzelkandidatur	247
cc)	Vergrößerung des Bundestags oder Vergrößerung der Wahlkreise	247
dd)	Regelung für das Dritte Geschlecht	250
c)	Exkurs: Alternative Modelle für die Direktmandate	250
aa)	„Wahlkreisduos“	250
bb)	Offene Tandemmodelle	251
(1)	Wahl aus dem Tandem	251
(2)	Optionales Tandem mit Stimmzurechnung	253
3.	Zusammenfassung	253
IV.	Fazit: Umsetzbarkeit paritätischer Maßnahmen in Deutschland und französische Vorbildwirkung	254
F.	Fazit	257
I.	Rechtsvergleichendes Fazit und Ausblick	257
II.	Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse für die Zulässigkeit paritätischen Wahlrechts in Deutschland	258
	Literaturverzeichnis	263
	Sachverzeichnis	287